

BACHELORSTUDIENGANG

Modul: Kommunales Finanzmanagement
Teilmodul: Kommunales Finanzmanagement

Kommunales Finanzmanagement

**Studienbuch für den kommunalen
Bachelorstudiengang
mit praktischen Übungen und Lösungen**

5. vollständig überarbeitete Auflage

von
Klaus Mutschler
Christoph Stockel-Veltmann

Verlag Bernhardt-Witten · 58456 Witten

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Verlag: Bernhardt-Witten, Bruchstr. 33, 58456 Witten
☎ 02302-71713, Telefax 02302-77126
E-Mail: mail@bernhardt-witten.de
Internet: www.bernhardt-witten.de

Satz: Schreibservice Bernhardt, Witten

Druck: inprint druck und service, Erlangen

© 2017 by Verlag Bernhardt-Witten

Alle Rechte vorbehalten.

Die Vervielfältigung, insbesondere das Nachdrucken oder Fotokopieren, ist nach Urheberrechtsgesetz nicht gestattet - auch nicht für Unterrichtszwecke - und strafbar (§ 106 UrhG: "... mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe ...").

Dies gilt sowohl für Studierende als auch für Lehrende. Im Falle der Zuwiderhandlung wird Strafantrag gestellt und Schadensersatz geltend gemacht.

Hinweise:

Der Verordnungsgeber hat lediglich einen verbindlichen Kontenrahmen mit entsprechender Nummerierung der Kontengruppen vorgesehen (siehe Anlage 16 VV Muster zur GO und GemHVO). Die Vergabe der Nummern für die einzelnen Konten obliegt den Kommunen. Dabei sind die statistischen Vorgaben zu berücksichtigen. Dieses Buch legt in seinen Darstellungen den Kontenplan für die Ausbildung an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW zugrunde. Er ist als Anlage in diesem Buch abgedruckt. Teilweise werden zur Veranschaulichung von Sachverhalten auch Kontierungen vorgenommen, die die im vorgenannten Kontenplan enthaltenen Konten weiter untergliedern bzw. ergänzen.

Bei den Funktionsbezeichnungen wird im Buchtext die männliche Form (z.B. Bürgermeister) verwendet. Dieses stellt keine Diskriminierung der weiblichen Funktionsträger dar, sondern soll lediglich der einfacheren Lesbarkeit dienen.

Vorwort

Die Planung und Bewirtschaftung kommunaler Ressourcen sowie die Rechenschaftslegung im Jahresabschluss ist in den vergangenen 20 Jahren immer mehr in den Fokus öffentlicher Betrachtung gerückt. Dies liegt insbesondere daran, dass die finanziellen Mittel für die Aufgabenfülle der Gemeinden vielfach nicht mehr ausreichen und damit die Aufgabenerfüllung zusehends schwieriger wird. Angesichts knapper werdender Ressourcen ist es von großer Bedeutung, mit den wenigen vorhandenen Mitteln ökonomisch umzugehen.

Das vorliegende Fachbuch ist anhand der aktuellen Modulbeschreibungen für das Modul 6.5 „Kommunales Finanzmanagement“ im kommunalen Bachelorstudiengang an der FHöV NRW konzipiert worden. Es greift alle Themen auf, die für dieses Teilmodul im Studium von Relevanz sind. Anhand diverser Beispielfälle kann das theoretische Wissen praktisch angewandt werden. Dementsprechend bietet sich das Fachbuch für eine erfolgreiche Begleitung im Studium, für die Vorbereitung der Modulprüfungen und letztlich für die Begleitung des alltäglichen Dienstes in der Kommunalverwaltung an.

In der jetzigen vollständig überarbeiteten 5. Auflage wurden alle rechtlichen Änderungen im kommunalen Finanzmanagement eingearbeitet sowie die Beispielfälle und Aufgaben aktualisiert. Neueste Erkenntnisse aus Lehre und Praxis wurden berücksichtigt.

Dortmund und Rheine, im August 2017

Die Verfasser

Zu den Verfassern

Klaus Mutschler, Jahrgang 1958, schloss 1981 sein Studium an der FHöV NRW ab. Er absolvierte den kommunalwissenschaftlichen Studiengang an der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie und schloss diesen 1989 mit Erwerb des Kommunaldiploms ab. Nach Wahrnehmung von Aufgaben als Standesbeamter und im Bereich des Stadtmarketing bei der Stadt Dortmund war er seit 1992 bis 2005 dort im Rechnungswesen tätig. Stationen waren hierbei die Hauptsachbearbeitung im Bereich Grundbesitzabgaben, die Geschäftsführung des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften sowie der Aufbau eines Immobilienmanagements und einer Anlagenbuchhaltung. Seit Beginn des überörtlichen Modellprojektes im Jahre 1999 war er Mitglied des Projektteams der Stadt Dortmund. Neben unterschiedlichen Fortbildungsmaßnahmen zum kaufmännischen Rechnungswesen schloss er in 2003 einen Zertifikats-Lehrgang zum Bilanzbuchhalter mit Erfolg ab. Letzte Aufgabenschwerpunkte waren die inhaltliche Betreuung von Fachbereichen beim Umstellungsprozess auf das doppelte Rechnungswesen sowie die Durchführung von diesbezüglichen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen. Im September 2005 wechselte er als hauptamtlicher Dozent zur Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW, zunächst Abteilung Köln, heute Abteilung Gelsenkirchen (Außenstelle Dortmund). Er vertritt dort die Fächer „Kommunales Finanzmanagement“ und „Rechnungswesen“.

Christoph Stockel-Veltmann, Jahrgang 1965, trat 1985 in den Dienst der Stadt Rheine ein. Nach Abschluss der Ausbildung für den gehobenen Verwaltungsdienst und einem kurzen Einsatz als Personalsachbearbeiter schloss sich von 1989 bis 1993 ein Studium der Volkswirtschaftslehre an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster an. Nach Tätigkeiten als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Münster und als Abteilungsleiter in der Kämmerei der Stadt Telgte war er von 1999 - 2004 Leiter des „Modellprojekts zur Einführung des doppelten Kommunalhaushalts“ im Finanzdezernat der Stadt Münster. In dieser Funktion war er maßgeblich an der Konzeption des „Neuen Kommunalen Finanzmanagement“ (NKF) beteiligt und verantwortlich für die Umsetzung des Konzepts in fünf Pilotämtern der Stadt Münster. Seit Juli 2004 ist er hauptamtlicher Dozent an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW am Studienstandort Münster.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	III
Zu den Verfassern	IV
Abkürzungsverzeichnis	XIV
Literaturverzeichnis	XVI
1. Einführung	1
1.1 Öffentliche Finanzwirtschaft	1
1.1.1 Begriff	1
1.1.2 Innere Abgrenzung der öffentlichen Finanzwirtschaft	1
1.2 Träger der öffentlichen Finanzwirtschaft	3
1.3 Finanzhoheit	4
1.3.1 Begriff und Bedeutung	4
1.3.2 Finanzhoheit der Gemeinden	4
1.4 Abgrenzung der öffentlichen Finanzwirtschaft zur Privatwirtschaft	5
1.5 Staatliche Überwachung der gemeindlichen Haushaltswirtschaft	7
2. Finanzierungsmittel	9
2.1 Steuern	9
2.1.1 Grundlagen	9
2.1.1.1 Begriff und Rechtfertigung der Steuer	9
2.1.1.2 Besteuerungsgrundsätze	11
2.1.1.3 Stellung des kommunalen Bereichs innerhalb der Finanzverfassung	13
2.1.1.4 Steuerliche Grundbegriffe	15
2.1.1.5 Übung zur Begriffsabgrenzung	16
2.1.2 Grundsteuer	17
2.1.2.1 Bedeutung und Rechtsgrundlage	17
2.1.2.2 Übersicht zur Ermittlung der Grundsteuer	18
2.1.2.3 Steuergegenstand	19
2.1.2.4 Steuerbefreiungen	19
2.1.2.5 Bewertung der Grundstücke	21
2.1.2.6 Zerlegung von Steuermessbeträgen	23
2.1.2.7 Festsetzung und Entrichtung der Steuer	23
2.1.2.8 Erlass der Grundsteuer, Steuervergünstigungen	27
2.1.2.9 Übungen	28
2.1.3 Gewerbesteuer	32
2.1.3.1 Bedeutung und Rechtsgrundlagen	32
2.1.3.2 Übersicht zur Ermittlung der Gewerbesteuer	33
2.1.3.3 Steuergegenstand	35
2.1.3.4 Steuerbefreiungen	39
2.1.3.5 Bemessungsgrundlage Gewerbeertrag und Steuermessbetrag	40
2.1.3.6 Zerlegung von Steuermessbeträgen	44
2.1.3.7 Festsetzung und Entrichtung der Gewerbesteuer	45
2.1.3.8 Abrechnung über die Vorauszahlungen	46
2.1.3.9 Gewerbesteuerumlage	48
2.1.3.10 Übungen	50

2.1.4	Örtliche Verbrauch- und Aufwandsteuern	55
2.1.4.1	Allgemeines, Rechtsgrundlagen	55
2.1.4.2	Steuerfindungsrecht.....	57
2.1.4.3	Steuersatzungen	60
2.1.4.4	Bestehende Verbrauch- und Aufwandsteuern.....	61
2.1.4.5	Übungen.....	66
2.2	Gebühren	68
2.2.1	Begriff und Bedeutung	68
2.2.2	Verwaltungsgebühren	72
2.2.2.1	Rechtsgrundlagen, Berechnungsschema	72
2.2.2.2	Gebührenpflicht	76
2.2.2.3	Gebührenbefreiungen.....	76
2.2.2.4	Festsetzung der Verwaltungsgebühr bei Antragsstattgabe oder Sonstiger Leistung der Verwaltung	77
2.2.2.5	Gebühren bei Antragsablehnung oder Antragsrücknahme.....	77
2.2.2.6	Gebühren im Widerspruchsverfahren.....	78
2.2.2.7	Auslagen	78
2.2.2.8	Bemessung der Gebühr	79
2.2.3	Benutzungsgebühren.....	80
2.2.3.1	Einführung, Rechtsgrundlagen.....	80
2.2.3.2	Erhebungsgebot	83
2.2.3.3	Kostendeckungsgebot.....	84
2.2.3.4	Betriebswirtschaftliche Kosten	84
2.2.3.5	Gebührenmaßstäbe	85
2.2.3.6	Kostenüber- und Unterdeckungen	87
2.2.4	Übungen	88
2.3	Beiträge	92
2.3.1	Begriff, Rechtsgrundlagen.....	92
2.3.2	Beiträge nach § 8 KAG	93
2.3.2.1	Erhebungsmöglichkeiten und Erhebungspflichten	93
2.3.2.2	Beitrags- und umlagefähige Auszahlungen.....	95
2.3.2.3	Beitragsmaßstäbe.....	101
2.3.2.4	Festsetzung und Entrichtung des Beitrages	101
2.3.3	Erschließungsbeiträge	102
2.3.4	Sonstige Beiträge.....	104
2.3.5	Übungen.....	105
2.4	Zuwendungen	109
2.4.1	Begriff und Bedeutung	109
2.4.2	Finanzausgleich zwischen dem Land und Gemeinden (Gemeindeverbände).....	109
2.4.2.1	Verfassungsrechtliche Grundlagen	109
2.4.2.2	Rechtsgrundlagen und Bedeutung des Finanzausgleichs in Nordrhein Westfalen.....	110
2.4.2.3	Grundlagen des Finanzausgleichs NRW.....	111
2.4.2.4	Zuweisungen aus dem allgemeinen Steuerverbund	112
2.4.2.4.1	Ermittlung des Verbundbetrages.....	112
2.4.2.4.2	Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden	113
2.4.2.4.3	Schlüsselzuweisungen an die Kreise	118
2.4.2.4.4	Schlüsselzuweisungen an die Landschaftsverbände.....	119
2.4.2.4.5	Weitere pauschale Zuweisungen.....	120

2.4.3	Bewilligung und Bewirtschaftung der Zuweisungen.....	120
2.4.4	Übung.....	121
2.5	Umlagen	125
2.5.1	Einführung	125
2.5.2	Kreisumlage.....	125
2.5.3	Landschaftsumlage.....	126
2.6	Finanzierung aus Krediten	127
2.6.1	Haushaltsrechtlicher Kreditbegriff	127
2.6.1.1	Kredite für Investitionen	128
2.6.1.2	Kredite zur Liquiditätssicherung.....	129
2.6.2	Ausgestaltung der Kredite	130
2.6.2.1	Rechtliche Ausgestaltung	130
2.6.2.2	Laufzeit.....	131
2.6.2.3	Tilgung	131
2.6.3	Kreditgeber	132
2.6.4	Umschuldung	132
2.6.5	Kreditähnliche Verbindlichkeiten.....	133
2.6.5.1	Begriff	133
2.6.5.2	Bedeutung kreditähnlicher Geschäfte	133
2.6.5.3	Voraussetzungen zum Eingehen von kreditähnlichen Geschäften und Anzeigepflicht.....	134
2.6.5.4	Ausgestaltung kreditähnlicher Geschäfte	135
2.7	Sonstige Finanzmittel	136
2.7.1	Verkaufserlöse	136
2.7.2	Mieten und Pachten.....	138
2.7.3	Zinsen und sonstige Finanzerträge	139
2.7.3.1	Zinsen.....	139
2.7.3.2	Sonstige Finanzerträge	142
2.7.4	Weitere Finanzierungsmittel	142
2.7.5	Übungen.....	144
3.	Der Haushaltsplan	146
3.1	Grundlagen und Funktionen	146
3.1.1	Abgrenzung zu anderen Plänen und Rechnungen.....	147
3.1.1	Haushaltssatzung und Haushaltsplan.....	147
3.1.2	Mittelfristige Planung und Haushaltsplan	148
3.1.3	Wirtschaftsplan und Haushaltsplan.....	149
3.1.4	Jahresabschluss und Haushaltsplan.....	149
3.1.2	Bedeutung des Haushaltsplanes	150
3.1.2.1	Allgemeines	150
3.1.2.2	Finanzwirtschaftliche Funktion	150
3.1.2.3	Administrative Lenkungsfunktion	151
3.1.2.3	Wirtschafts- und sozialpolitische Programmfunktion.....	151
3.1.3	Wirkung des Haushaltsplanes	152
3.1.3.1	Allgemeine Wirkung	152
3.1.3.2	Wirkung bezüglich der Aufwendungen und Auszahlungen.....	153
3.1.3.3	Wirkung bezüglich der Verpflichtungsermächtigungen	153
3.1.3.4	Wirkung bezüglich der Erträge und Einzahlungen	154
3.1.3.5	Bindung im Innenverhältnis	154
3.1.4	Eigeninteresse von Rat und Verwaltung bei der Gestaltung des Haushaltsplans	155

3.1.5	Übungen.....	156
3.2	Gliederung des Haushalts nach Produktbereichen	158
3.2.1	Notwendigkeit einer Haushaltsgliederung	158
3.2.2	Anknüpfungspunkte für eine Gliederung: Verwaltungsaufbau oder Aufgabenbereiche	159
3.2.3	Gliederungsvorschriften für den kommunalen Haushalt im Kommunalen Finanzmanagement	160
3.2.3.1	Der Sonderproduktbereich „Innere Verwaltung“	161
3.2.3.2	Der Sonderproduktbereich „Allgemeine Finanzwirtschaft“	161
3.2.3.3	Zentrale Veranschlagung und Bewirtschaftung von Personal- und Versorgungsaufwendungen.....	162
3.2.3.4	Gestaltungsfreiheit bei der Gliederung des Haushalts	163
3.2.4	Übungen.....	164
3.3	Die Elemente des Haushaltsplans	170
3.3.1	Ergebnisplan	171
3.3.2	Finanzplan	174
3.3.3	Übung.....	177
3.3.4	Teilpläne	180
3.3.4.1	Teilergebnisplan.....	183
3.3.4.2	Teilfinanzplan A: Zahlungsübersicht	184
3.3.4.3	Teilfinanzplan B: Planung einzelner Investitionen.....	186
3.3.4.4	Ziele.....	188
3.3.4.5	Kennzahlen und Indikatoren.....	191
3.3.4.6	Auszug aus dem Stellenplan.....	192
3.3.5	Übung.....	193
3.4	Die Anlagen zum Haushaltsplan	197
4.	Haushaltsgrundsätze	198
4.1	Überblick und Einteilung	198
4.2	Allgemeine Haushaltsgrundsätze	199
4.2.1	Stetige Aufgabenerfüllung	199
4.2.2	Sicherung der Liquidität und der Finanzierung von Investitionen.....	199
4.2.3	Verbot der Überschuldung	200
4.2.4	Beachtung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts.....	200
4.2.5	Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Effizienz.....	201
4.2.6	Haushaltsausgleich	205
4.2.7	Grundsätze der Finanzierung der kommunalen Produkte.....	206
4.2.7.1	Verpflichtung zur Erhebung von Abgaben.....	206
4.2.7.2	Rangfolge der Deckungsmittel	206
4.2.8	Grundsatz der Gesamtdeckung.....	209
4.2.9	Übung.....	210
4.3	Spezielle Haushaltsgrundsätze	212
4.3.1	Allgemeines	212
4.3.2	Vollständigkeit und Einheit.....	212
4.3.2.1	Allgemeines	212
4.3.2.2	Vollständigkeit	213
4.3.2.3	Ausnahmen zur Vollständigkeit.....	213
4.3.2.4	Einheit	216
9.3.2.5	Übungen.....	217

4.3.3	Periodengerechte Zuordnung der Finanzvorfälle	219
4.3.3.1	Einführung	219
4.3.3.2	Periodengerechte Zuordnung der Erträge und Aufwendungen im Ergebnisplan	220
4.3.3.3	Periodengerechte Zuordnung der Einzahlungen und Auszahlungen im Finanzplan	221
4.3.3.4	Übungen.....	222
4.3.4	Richtigkeit und Willkürfreiheit (Haushaltswahrheit)	225
4.3.5	Bruttoprinzip (Saldierungsverbot)	227
4.3.5.1	Grundsatz	227
4.3.5.2	Ausnahmen zum Bruttoprinzip.....	228
4.3.5.3	Besonderheiten	229
4.3.5.4	Übungen.....	231
4.3.6	Einzelveranschlagung	235
4.3.6.1	Grundsatz	235
4.3.6.2	Ausnahmen.....	238
4.3.6.3	Übung.....	239
5.	Haushaltsplanung	240
5.1	Vorbemerkungen.....	240
5.2	Die Planung von Erträgen und Aufwendungen.....	241
5.2.1	Die Positionen im Ergebnisplan (Kontenklassen 4 und 5)	242
5.2.1.1	Steuern und ähnliche Abgaben (Kontengruppe 40)	242
5.2.1.2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen (Kontengruppe 41)	243
5.2.1.3	Sonstige Transfererträge (Kontengruppe 42)	243
5.2.1.4	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte (Kontengruppe 43)	244
5.2.1.5	Privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen (Kontengruppe 44)	245
5.2.1.6	Sonstige ordentliche Erträge (Kontengruppe 45).....	245
5.2.1.7	Finanzerträge (Kontengruppe 46)	246
5.2.1.8	Aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen (Kontengruppe 47)	247
5.2.1.9	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen (Kontengruppe 48)	247
5.2.1.10	Außerordentliche Erträge (Kontengruppe 49)	247
5.2.1.11	Personalaufwendungen (Kontengruppe 50)	248
5.2.1.12	Versorgungsaufwendungen (Kontengruppe 51)	250
5.2.1.13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Kontengruppe 52).....	251
5.2.1.14	Transferaufwendungen (Kontengruppe 53)	253
5.2.1.15	Sonstige ordentliche Aufwendungen (Kontengruppe 54)	255
5.2.1.16	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen (Kontengruppe 55)	256
5.2.1.17	Bilanzielle Abschreibungen (Kontengruppe 57).....	257
5.2.1.18	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen (Kontengruppe 58).....	257
5.2.1.19	Außerordentliche Aufwendungen (Kontengruppe 59)	257
5.2.1.20	Übungen.....	257
5.3	Die Planung von Ein- und Auszahlungen	260
5.3.1	Allgemeine Hinweise	260
5.3.2	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Kontengruppe 68)	261
5.3.3	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Kontengruppe 69)	262
5.3.4	Versorgungsauszahlungen (Kontengruppe 71)	263
5.3.5	Auszahlung für Investitionstätigkeit (Kontengruppe 78)	263
5.3.6	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Kontengruppe 79).....	264
5.3.7	Übung.....	264

6.	Planung besonderer Geschäftsvorfälle	267
6.1	Investitionen	267
6.1.1	Investitionsbegriff.....	267
6.1.1.1	Wirtschaftliches Eigentum.....	267
6.1.1.2	Selbstständige Verwertbarkeit.....	268
6.1.2	Ermittlung der Anschaffungs- und Herstellungskosten als Veranschlagungs- grundlage.....	269
6.1.2.1	Anschaffungskosten	269
6.1.2.2	Herstellungskosten	271
6.1.2.3	Übungen.....	273
6.1.3	Bilanzielle Abschreibungen bei Investitionen.....	275
6.1.3.1	Lineare Abschreibung	276
6.1.3.2	Veränderungen der Abschreibungsplanung	277
6.1.3.3	Abschreibungen auf Finanzanlagen	279
6.1.3.4	Übungen.....	281
6.1.4	Aktivierete Eigenleistungen.....	282
6.1.5	Abgänge von Anlagevermögensgegenständen	283
6.1.6	Geleistete Anzahlungen	285
6.1.7	Geringwertige Vermögensgegenstände	285
6.1.8	Ersatzbeschaffungen bei Festwerten	287
6.1.8.1	Begriff und Ermittlung des Festwertes	287
6.1.8.2	Planung	288
6.1.9	Zuwendungen und Beiträge für Investitionsmaßnahmen.....	288
6.1.10	Abgrenzung von Herstellungskosten und Erhaltungsaufwand	293
6.1.10.1	Erweiterung eines Vermögensgegenstandes	293
6.1.10.2	Über den ursprünglichen Zustand hinausgehende Wertverbesserung	294
6.1.10.3	Zusammentreffen von Herstellungskosten und Erhaltungsaufwendungen.....	295
6.1.10.4	Übungen.....	297
6.1.11	Verpflichtungsermächtigungen.....	301
6.1.11.1	Begriff und Verfahren.....	301
6.1.11.2	Umfang und zeitliche Beschränkung.....	303
6.1.11.3	Übungen.....	304
6.2	Planung der Kreditaufnahme und -tilgung	307
6.2.1	Voraussetzungen der Kreditaufnahme	307
6.2.1.1	Allgemeines.....	307
6.2.1.2	Beachtung des Subsidiaritätsprinzips.....	307
6.2.1.3	Vorliegen einer Kreditermächtigung in der Haushaltssatzung	308
6.2.1.4	Einhaltung des Verbots der finanziellen Überschuldung.....	309
6.2.1.5	Bewahrung der dauernden Leistungsfähigkeit	310
6.2.1.6	Beachtung gemeindegewirtschaftlicher Belange	312
6.2.1.7	Beachtung gesamtwirtschaftlicher Belange.....	313
6.2.2	Zuständigkeit für die tatsächliche Kreditaufnahme	313
6.2.3	Sicherheitsleistungen bei der Kreditaufnahme	314
6.2.4	Abwicklung der Kreditaufnahme im Haushalt.....	314
6.2.4.1	Veranschlagung der Investitionskredite und der daraus resultierenden Aufwendungen und Auszahlungen	314
6.2.4.2	Veranschlagung der Kredite zur Liquiditätssicherung.....	316
6.2.5	Übungen.....	317
6.3	Rückstellungen	321
6.3.1	Rückstellungsarten und zugehörige Aufwandsarten bei der Rückstellungs- bildung.....	322

6.3.1.1	Pensionsrückstellungen.....	322
6.3.1.2	Rückstellungen für Deponien und Altlasten.....	322
6.3.1.3	Instandhaltungsrückstellungen	323
6.3.1.4	Sonstige Rückstellungen nach § 36 Abs. 4 und 5 GemHVO	324
6.3.2	Inanspruchnahme und Auflösung von Rückstellungen	325
6.3.3	Übung.....	326
6.4	Interne Leistungsbeziehungen.....	326
7.	Organisation der Haushaltsplanung	329
7.1	Haushaltsplanung in der lang- und mittelfristigen Planung	329
7.2	Grundprobleme der Haushaltsplanung	330
7.2.1	Finanzielle Restriktionen.....	330
7.2.2	Restriktionen aus der Aufgabenerfüllung	331
7.3	Haushaltsplanung von unten oder von oben?	333
7.4	Planung von Einzelpositionen	336
7.5	Übung.....	336
8.	Flexible Haushaltsführung	338
8.1	Allgemeines	338
8.2	Budgetierung.....	338
8.2.1	Allgemeines	338
8.2.2	Echte Deckungsfähigkeit.....	339
8.2.3	Unechte Deckungsfähigkeit	340
8.2.4	Beschränkung der Budgetierungsmöglichkeiten	341
8.2.5	Ausgestaltungsformen	342
8.2.6	Deckungsfähigkeit bei Verpflichtungsermächtigungen	343
8.3	Übertragbarkeit von Haushaltsermächtigungen	344
8.3.1	Allgemeines	344
8.3.2	Ausgestaltung der Grundsätze zur Ermächtigungsübertragung	346
8.3.3	Weitere Regelungen zur Übertragbarkeit außerhalb des § 22 GemHVO.....	347
8.3.4	Auswirkungen auf den Jahresabschluss	348
8.4	Übungen.....	349
9.	Die Haushaltssatzung	351
9.1	Inhalt der Haushaltssatzung	351
9.1.1	Rechtliche Grundlagen	351
9.1.2	Pflichtinhalte der Haushaltssatzung (§ 78 Abs. 2 GO GO).....	351
9.1.2.1	Festsetzung des Haushaltsplanes.....	351
9.1.2.2	Festsetzung der Kreditermächtigung für Investitionen	352
9.1.2.3	Festsetzung des Gesamtbetrages der Verpflichtungsermächtigungen	352
9.1.2.4	Festsetzung der Verringerung der Ausgleichsrücklage und der allgemeinen Rücklage	353
9.1.2.5	Festsetzung des Höchstbetrages der Liquiditätskredite.....	353
9.1.2.6	Festsetzung der Realsteuerhebesätze	354
9.1.2.7	Festsetzungen zum Haushaltssicherungskonzept	355
9.1.2.8	Festsetzungen zum Stellenplan.....	355
9.1.2.9	Freiwillige Inhalte der Haushaltssatzung	355
9.2	Zustandekommen der Haushaltssatzung	356

9.3	Behandlung der Haushaltssatzung durch die Aufsichtsbehörde	361
9.4	Übung.....	361
9.5	Vorläufige Haushaltsführung.....	362
9.5.1	Inhalt der vorläufigen Haushaltsführung	362
9.5.2	Übungen.....	367
10.	Der Haushaltsausgleich.....	371
10.1	Bedeutung und Zielsetzung	371
10.2	Ausgleich des Ergebnisplans und der Ergebnisrechnung (Haushaltsausgleich i.e.S.)	373
10.3	Verbot der bilanziellen Überschuldung	374
10.4	Haushaltsjahresübergreifender Ausgleich	376
10.4.1	Bedeutung und Funktion der Ausgleichsrücklage für den fiktiven Haushaltsausgleich	376
10.4.2	Einbeziehung der mittelfristigen Planung	377
10.5	Rechtsfolgen unausgeglichener Haushalte.....	379
10.5.1	Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage	379
10.5.2	Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage	379
10.5.3	Eintreten oder Drohen einer Überschuldung	382
10.5.4	Zusammenfassung	383
10.6	Exkurs: Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit	384
10.7	Übungen.....	385
11.	Haushaltsbewirtschaftung	390
11.1	Organisation der Buchhaltung, Mittelverwaltung	390
11.1.1	Organisation der Buchhaltung.....	390
11.1.2	Mittelüberwachung	395
11.1.3	Übung.....	395
11.2	Realisierung von Finanzmitteln	401
11.2.1	Rechtzeitige Einziehung der Einzahlungen	401
11.2.2	Die Sicherung der Zahlungsfähigkeit	401
11.3	Umgang mit Forderungen	402
11.3.1	Generelle Begriffsabgrenzungen.....	402
11.3.2	Rechtsgrundlagen	403
11.3.3	Stundung	403
11.3.3.1	Voraussetzungen	403
11.3.3.2	Verzinsung der gestundeten Forderungen.....	404
11.3.3.3	Bewilligungsverfahren	405
11.3.4	Niederschlagung	406
11.3.4.1	Voraussetzung für eine Niederschlagung.....	406
11.3.4.2	Arten der Niederschlagungen	407
11.3.4.3	Praktisches Verfahren bei einer Niederschlagung	408
11.3.5	Exkurs: Aussetzung der Vollziehung	408
11.3.6	Erlass	409
11.3.6.1	Voraussetzungen	409
11.3.6.2	Praktisches Verfahren	410
11.3.7	Übungen.....	410
11.4	Maßnahmen bei zusätzlichem Bedarf	413

11.4.1	Einführung	413
11.4.2	Begriff der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen.....	414
11.4.3	Verhältnis zur Nachtragssatzung und zu anderen Bereitstellungsmöglichkeiten für Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen	417
11.4.4	Bewilligung von über- u. außerplanmäßigen Aufwendungen u. Auszahlungen	419
11.4.4.1	Ermittlung der Höhe der benötigten zusätzlichen Ermächtigung	419
11.4.4.2	Voraussetzungen für die Bewilligung	420
11.4.4.3	Entscheidungsgremien.....	425
11.4.4.4	Praktisches Beantragungs- und Bewilligungsverfahren	427
11.4.5	Deckung von überplanmäßigen Auszahlungen im folgenden Haushaltsjahr (Haushaltsvorgriff)	427
11.4.6	Exkurs: Praxisgerechtes Gesamtprüfungsverfahren für die Bereitstellung von Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen.....	431
11.4.7	Über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen	432
11.4.8	Übungen.....	433
12.	Nachtragssatzung und Nachtragshaushaltsplan.....	441
12.1	Nachtragsnotwendigkeit.....	441
12.2	Pflicht zum Erlass einer Nachtragssatzung	441
12.2.1	Überblick.....	441
12.2.2	Änderung eines Paragraphen der Haushaltssatzung	442
12.2.3	Pflichten nach § 81 Abs. 2 GO	443
12.2.4	Sonstige Pflichten	447
12.3	Nachtragshaushaltsplan	447
12.4	Zustandekommen der Nachtragssatzung	450
12.5	Übungen	451
13.	Der Jahresabschluss	456
13.1	Gestaltung des Jahresabschlusses	456
13.2	Die einzelnen Elemente des Jahresabschlusses	458
13.2.1	Ergebnisrechnung	458
13.2.2	Teilergebnisrechnungen.....	458
13.2.3	Finanzrechnung	459
13.2.4	Teilfinanzrechnungen	459
13.2.5	Bilanz	460
13.2.6	Anhang	461
13.2.6.1	Anlagenspiegel	462
13.2.6.2	Forderungsspiegel	463
13.2.6.3	Verbindlichkeitenspiegel.....	463
13.2.7	Lagebericht	464
13.3	Übertragung von Ermächtigungen	465
13.4	Aufstellung, Prüfung und Entlastung beim Jahresabschluss.....	466
13.4.1	Aufstellung.....	466
13.4.2	Prüfung	466
13.4.3	Entlastung	469
13.4.4	Abgrenzung zur überörtlichen Prüfung nach § 105 GO	469
Anhang	Kontenplan für die Ausbildung an der Fachhochschule	470
Stichwortverzeichnis	477